

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 97 (2017)  
**Heft:** 1044

**Artikel:** Widerstand & Wandel  
**Autor:** Hoffmann, Christian P.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-736448>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

FREIE SICHT

## Widerstand & Wandel

Präsident Trump bereichert das politische System der USA um eine Prise Dialektik: Auf der einen Seite regiert der populistische Aussenseiter per Dekret an Parlament, Medien und Verwaltung vorbei. Auf der anderen Seite erleben oppositionelle Gruppen, Parteien und Medien einen kräftigen Zustrom neuer Unterstützer. Mit Hölderlin könnte man sagen: «Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch.» Nach nur vierzehn Tagen im Amt (und etwa so vielen Dekreten) erlebten die USA neben zahllosen Pressekonferenzen und öffentlichen Abmahnungen einen Marsch der Frauen auf Washington, Massendemonstrationen in West- und Ostküstenstädten und Aufstände an diversen Hochschulen. Nicht selten eskalierte dabei die Gewalt – Randalierer schlugen Scheiben ein und zündeten Gebäude an. Gut, könnte man sagen, auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Allerdings: wie sähe wohl die Reaktion der linken und rechten Opposition aus, wenn doch mal ein liberaler Präsident ins Weisse Haus stolpern sollte? Ein Präsident, der (oder die), sagen wir mal, eine Flat Tax von 10 Prozent einführt, die Grenzen für Freihandel öffnet, Behörden schliesst, der Verwaltung einen Einstellungsstopp abringt, Drogen legalisiert, das Federal Reserve System abschafft, Bahn und Post privatisiert, die Sozialsysteme auf Vorsorge basiert, eine Schuldenbremse anbringt, Militärausgaben zurückfährt ... Wie viele Tabus würde eine solche Politik brechen? Wie viele Interessengruppen würden wutentbrannt die Sendewellen, Kommentarspalten und Strassen füllen? Und wie viele Scheiben würden eingeschlagen werden? Meine Vermutung: die Anti-Trump-Proteste nähmen sich im Vergleich harmlos aus – immerhin hat dieser ja die rechten Etatisten auf seiner Seite. Und so mischt sich in die Freude an der demokratischen Renaissance auch etwas Wehmut: die Beharrungskräfte des politischen Status quo, so darf gemutmasst werden, erschweren jeden Wandel – auch wenn er einst in die richtige Richtung zielen sollte.

---

### Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

## Vertrauen & Engagement

Ein Grund für den Erfolg der Schweiz ist ihre Kultur des individuellen Engagements für die Gesellschaft, die gerade auch im Arbeitsleben stets hochgehalten wurde: Arbeitgeber unterstützen Mitarbeitende, die sich in Vereinen, in politischen Ämtern oder im Militär einsetzen und dafür unter Umständen dem Arbeitsplatz fernbleiben müssen. Engagierte Bürger sind meist auch engagierte Mitarbeiter. Diese Überzeugung hat sich für unser Land seit Jahrzehnten bewährt. Leider scheint es mit dieser Haltung aber nicht weit her zu sein, sobald es um ein anderes ausserberufliches Engagement geht: die Familie.

Arbeitgeberdirektor Roland A. Müller liess sich im «Blick» zitieren, Eltern müssten eben das «kranke Kind im voraus planen», damit sie ihren gesetzlichen Anspruch von drei arbeitsfreien Tagen zur Pflege kranker Angehöriger möglichst nicht wahrnehmen müssten. Mich ärgert diese Aussage. Sie zeugt von Misstrauen, weil damit unterstellt wird, Eltern würden nicht von sich aus alles Mögliche tun, um ihre Arbeitgeber nicht zu belasten. Nicht selten werden Kinder, obwohl sie krank sind, von ihren Eltern in der Krippe oder im Kindergarten abgegeben – weil es in der Schweiz verpönt ist, die Krankheitstage einzuziehen. Eine Ausrede, etwa das Auto vorführen zu müssen, stösst oftmals auf mehr Akzeptanz als die Wahrheit, für ein fiebriges Kind sorgen zu müssen, bis die Grossmutter eintrifft. Diese Erfahrung vieler Eltern hat die Spitze des Arbeitgeberverbandes nun höchstpersönlich bestätigt. Ich bin überzeugt: Eltern fehlen wirklich nur dann am Arbeitsplatz, wenn das Auffangnetz aus Grosseltern, Nachbarn oder Babysitter reisst. Es ist schade, dass die Arbeitgeber bei diesem Thema die Chance verpasst haben, die so wichtigen Werte des Vertrauens und des Bürgerengagements zu leben. Berufstätige Eltern mit kleinen Kindern bringen grosses Engagement ausserhalb ihres Arbeitsplatzes auf und sind meist sehr loyale und effiziente Arbeitnehmer. Sie sollten unterstützt statt mit Misstrauen bestraft werden. Oder wollen wir, dass der Einsatz der Eltern künftig ausschliesslich von (schlechter bezahlten) Dritten ersetzt wird, damit ja keine Arbeitskraft verloren geht? Das wäre das Ende des Milizmodells. Deshalb, liebe Arbeitgeber: Etwas mehr Vertrauen, bitte.

---

### Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.